

# Frühwarnsignal: Wachsender Antisemitismus, demokratische Vorsorge und die Aufgabe der Erwachsenenbildung

Reuven Konnik

Erschienen in:  
weiter bilden.  
DIE Zeitschrift für Erwachsenen-  
bildung  
Heft: 1/2026 (33. Jg.)  
Disaster Preparedness  
Herausgegeben von  
Peter Brandt und Matthias Rohs,  
Deutsches Institut für Erwachse-  
nenbildung – Leibniz-Zentrum für  
Lebenslanges Lernen e.V.  
13. Oktober 2026

## Schlagwörter

Antisemitismus  
Frühwarnsystem  
Erwachsenenbildung  
Zivilgesellschaft  
Weiterbildung  
Kollektives Gedächtnis  
Weiterbildungseinrichtung  
Deutschland

## Diamond Open Access

## Lizenz

CC-Lizenz BY-SA 4.0 deutsch

## Identifizierung Ausgabe

<https://www.die-bonn.de/id/42483>

## Identifizierung Beitrag

<https://doi.org/10.58000/6mab-4x98>  
<https://www.die-bonn.de/id/42476>

## Zitierempfehlung

Konnik, R. (2026). Frühwarnsignal:  
Wachsender Antisemitismus,  
demokratische Vorsorge und die  
Aufgabe der Erwachsenenbil-  
dung. *weiter bilden. DIE*  
*Zeitschrift für*  
*Erwachsenenbildung*, 33(1).  
<https://doi.org/10.58000/6mab-4x98>

8.725 antisemitische Vorfälle registrierte RIAS 2025, fast so viele wie im Vorjahr. Reuven Konnik versteht Antisemitismus als Seismograph der Demokratie und stellt die neue Akademie für Jüdische Ethik und Demokratie in Rheinland-Pfalz vor: Vorsorge statt Nachsorge.

Wer in Worms über den Heiligen Sand geht, den ältesten an ursprünglicher Stelle erhaltenen jüdischen Friedhof Europas, bewegt sich zwischen Grabsteinen, die nahezu ein Jahrtausend zurückreichen. Hier ruhen Gelehrte, deren Lehren das europäische Judentum bis in die Gegenwart prägen – tradiert nicht durch die Steine, sondern durch eine ungebrochene Kette der Weitergabe, also durch Lernen. Zwischen den verwitterten Mazewot (Grabsteinen) drängt sich eine Prämisse auf, die zugleich das Argument dieses Beitrags grundiert: Geschichte wird von Menschen getragen, die Orte geben ihr nur den Rahmen. Wer heute jüdisch in Rheinland-Pfalz lebt, steht in dieser Kette, statt ein Erbe bloß zu verwalten. Wenige Straßen weiter jedoch beginnt eine Gegenwart, über die kein Welterbe-Status hinweg tröstet.

Damit ist die Linie dieses Beitrags bezeichnet: Antisemitismus ist ein demokratisches Frühwarnsignal, und aus seiner Diagnose folgt die Notwendigkeit einer dauerhaften, institutionellen Vorsorge in der Erwachsenenbildung. Ich möchte den Blick des Schwerpunkts entsprechend verschieben. *Disaster Preparedness* denkt gewöhnlich an Pandemien, Stromausfall, Hochwasser. Die folgenreichste Katastrophe für eine offene Gesellschaft aber ist der Verlust ihrer Fähigkeit, Pluralität auszuhalten – und dieses Beben kündigt sich an. Dass Antisemitismus als Gradmesser für den Zustand einer Gesellschaft zu lesen ist, gehört zu den älteren Einsichten der Antisemitismusforschung; die Konflikt- und Gewaltforschung um Wilhelm Heitmeyer und Andreas Zick (2002 ff.) hat ihn als Element eines Syndroms gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit beschrieben, das nie bei einer Gruppe haltmacht. Ein Seismograph misst nicht erst den Einsturz, er registriert die Vorbeben. Antisemitis-

mus ist ein solches Vorbeben. Was mit den Jüdinnen und Juden beginnt, endet nicht bei ihnen, sondern richtet sich gegen die pluralistische, rechtsstaatliche Ordnung selbst. Wer ihn misst, misst den Zustand der Demokratie.

Aufschlussreicher als die Höhe der aktuellen Zahlen ist ihre Verstetigung. Der Seismograph, der diese Vorbeben registriert, existiert bereits: die zivilgesellschaftliche Vorfalldokumentation. Der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (RIAS), der das Meldegeschehen jenseits der polizeilichen Statistik erfasst, dokumentiert auf Grundlage der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus. Danach ist Kritik an der Politik einer israelischen Regierung – wie an jeder anderen Regierung – nicht antisemitisch, auch nicht an der aktuellen Politik der Regierung Netanjahu. Antisemitisch wird sie dort, wo Jüdinnen und Juden weltweit für diese Politik kollektiv haftbar gemacht werden, wo dem Staat Israel als einzigem Staat das Existenzrecht abgesprochen wird oder wo NS-Vergleiche die Schoa relativieren. Nach diesem Maßstab dokumentierte RIAS (2026) für 2025 bundesweit 8.725 antisemitische Vorfälle – nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr mit 8.713, ein Zuwachs von lediglich 0,2 Prozent. Rechnerisch sind das knapp 24 Vorfälle pro Tag. Der Ausschlag ist also nicht abgeklungen; der nach dem 7. Oktober 2023 erreichte Höchststand hat sich auf hohem Niveau eingependelt und gegenüber 2022 mehr als verdreifacht. Dabei bilden die Werte eine Untergrenze: Bereits die – nicht repräsentative – Studie von Zick u. a. für den Expertenrat Antisemitismus (2017) fand, dass nur rund ein Viertel der Befragten einen antisemitischen Vorfall bei einer Stelle gemeldet hatte; ein Befund, der die Größenordnung des Dunkelfelds bis heute markiert. Bezeichnend ist, dass Fachleute inzwischen weniger den nächsten Anstieg fürchten als die Gewöhnung – jene „neue Normalität“, in der sich die Mehrheitsgesellschaft mit dem Ausmaß des Antisemitismus zu arrangieren droht.

### »Ein Seismograph misst nicht erst den Einsturz, er registriert die Vorbeben.«

Für ein Publikum der Erwachsenen- und Weiterbildung ist entscheidend, wo diese Vorbeben spürbar werden. Sie durchziehen den Alltag der Erwerbstätigen: Antisemitismus ist, wie RIAS festhält, für Jüdinnen und Juden in Deutschland auch 2025 ein alltagsprägendes Phänomen geblieben – am Wohnort, im öffentlichen Raum, an der Arbeitsstätte. Und die nachrückende Generation bringt ihn mit: Die 410 an Hochschulen und 258 an Schulen im Jahr 2025 registrierten Vorfälle markieren die Kohorten, die in Ausbildung, Beruf und Ehrenamt eintreten. Das ist nicht allein das Terrain der Schulpädagogik, sondern auch das der Erwachsenenbildung. Antisemitismus ist damit eine Aufgabe unseres Feldes – und wenn ich im Folgenden „wir“ schreibe, meine ich uns, die wir dieses Feld gestalten: Ich schreibe als Rabbiner, aber ebenso als einer, der seit fast zwanzig Jahren in der Erwachsenenbildung arbeitet. Es ist zu fragen, ob wir vorbereitet sind.

Die nüchterne Antwort lautet: nur bedingt. Unser Feld bearbeitet Antisemitismus, jedoch überwiegend in einer Form, die der Logik der Vorsorge zuwiderläuft. Vier Fragen legen die Leerstelle frei – Fragen, keine Vorwürfe. Erstens: Warum folgen Aufmerksamkeit und Förderung fast immer erst auf den Anschlag? Die Präventionsforschung unterscheidet seit Gordon (1983) universelle, selektive und indizierte Prävention – Vorsorge für alle, für gefährdete Gruppen, für bereits Betroffene. Unser Feld verharret weit überwiegend im nachsorgenden, anlassbezogenen Modus, also in der Schadensbegrenzung. Zweitens: Warum delegieren wir die Aufgabe so häufig an die Erinnerungsinstitutionen, an Gedenkstättenfahrt und Zeitzeugengespräch? So unverzichtbar deren Arbeit ist – sie begegnet Jüdinnen und Juden vornehmlich als Opfern und Toten, während Aleida Assmann (2013) mit ihrem „neuen Unbehagen an der Erinnerungskultur“ gerade vor der Ritualisierung des Gedenkens warnt. Es droht, mit einer älteren Denkfigur gesprochen, eine Erinnerung an Juden ohne lebendiges Judentum. Drittens: Mit welcher Kompetenz eigentlich? Einschlägige Träger – etwa das Kompetenzzentrum antisemitismuskritische Bildung und Forschung der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland – qualifizieren seit Jahren Fachkräfte; ein staatlich anerkanntes, akademisch verstetigtes Berufsbild für diese Aufgabe fehlt jedoch, sodass sie vielerorts projektförmig getragen wird. Und viertens: Bilden wir allein gegen etwas? Das Feld ist stark in der Abwehr und schwach in dem, was Gert Biesta (2010) die Subjektivierung nennt – in der Formung jener Fähigkeit, die eine Gesellschaft benötigt, um Differenz auszuhalten, statt an ihr zu zerbrechen.

Diese vier Fragen benennen nicht vier Probleme, sondern ein einziges: Der Erwachsenenbildung fehlt für den Antisemitismus eine eigene, dauerhafte Infrastruktur – eine, die vorsorgt statt nachsorgt, lebendiges Judentum einbindet, qualifiziert und formt.

Dass diese Infrastruktur die Form einer Akademie annimmt, ist kein Zufall, sondern folgt aus der Logik der Vorsorge selbst. Projektförmige Maßnahmen sind an Förderzyklen gebunden; sie enden, wenn die Aufmerksamkeit endet, und mit ihnen verfällt das erarbeitete Wissen. Vorsorge aber setzt Kontinuität voraus. Dauerhafte Institutionen speichern Erfahrung in Curricula, Personal und Routinen – organisationstheoretisch gesprochen bilden sie ein institutionelles Gedächtnis, das nicht mit einzelnen Akteuren ausscheidet – und sie bündeln Qualifizierung, Forschung und Praxis unter einem Dach, statt Kompetenz an Einzelne zu binden. Demokratische Resilienz, die nach dem Vorfall improvisiert, kommt zu spät; sie muss vorgehalten werden. Genau das ist die Leistung, die eine Institution vor einem Programm auszeichnet. Dass institutionell verstetigte Bildung die postulierte präventive Wirkung tatsächlich entfaltet, ist damit begründet, aber noch nicht empirisch erwiesen; die Akademie wird sich an dieser Frage messen lassen und ihre Wirksamkeit zu evaluieren haben.

Eine solche Akademie entsteht gegenwärtig in Rheinland-Pfalz. Die Akademie für Jüdische Ethik und Demokratie RLP (AJED), deren Aufbau ich verantworte, versteht sich nicht als weiteres Programm, sondern als Vorsorgeinfrastruktur, und sie beantwortet die vier Fragen der Reihe nach. Der Reaktivität begegnet sie mit Dauer: als ständige Institution anstelle projektförmiger Einzelinitiativen, mithin mit universeller, vorausschauender Prävention statt

Nachsorge. Der Vergangenheitsfixierung begegnet sie mit lebendigem Judentum: Jüdinnen und Juden treten als Subjekt der Bildung auf, nicht als deren Gegenstand. Der Kompetenzfrage begegnet sie mit Professionalisierung – und ihr Novum liegt nicht darin, ein leeres Feld zu betreten, sondern die vorhandene, meist fortbildungsförmige Qualifizierung in ein hochschulzertifiziertes, curricular verstetigtes Berufsbild zu überführen: „Fachreferent\*in für Jüdische Ethik, Bildung und Prävention“, angesiedelt am Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Vorsorge heißt hier, nicht im Ernstfall zu improvisieren, sondern qualifizierte Kräfte vorzuhalten.

### »Demokratische Resilienz, die nach dem Vorfall improvisiert, kommt zu spät; sie muss vorgehalten werden.«

Diese Professionalisierung ist keine Absichtserklärung mehr. Der Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz und das Landesrabbinat haben die Zusammenarbeit mit der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und dem Emil-Frank-Institut in Wittlich verbindlich gemacht; entsprechende Kooperationsvereinbarungen (Memoranda of Understanding) liegen vor. Damit verbindet die Akademie drei Sphären, die bislang zu häufig nebeneinanderher arbeiteten: die jüdische Gemeinschaft als Trägerin, die wissenschaftliche Weiterbildung als Qualifizierungsinstanz und die Antisemitismusforschung als Wissensbasis. Die Trägerschaft liegt beim Landesverband; die kooperierenden Einrichtungen bringen ihre Strukturen im Rahmen der Vereinbarungen ein. Für die dauerhafte Finanzierung strebt die Akademie eine institutionelle Förderung durch das Land Rheinland-Pfalz an. Damit wird die Finanzierungsfrage selbst zum Testfall des hier entwickelten Arguments: Vorsorge braucht Institutionen, und Institutionen brauchen verlässliche Trägerschaft – nicht die Konjunktur der Aufmerksamkeit. Gerade diese Verklammerung – dauerhaft, vernetzt, über den Einzelfall hinaus – unterscheidet Vorsorge von Aktionismus. Der reinen Abwehr schließlich begegnet die Akademie mit einer Methode, die formt, statt nur zu warnen.

Diese Methode ist die Mahloket, der Streit „um des Himmels willen“ (Machloket le-Schem Schamajim). Die Mischna (Awot 5,17) überliefert den Disput zwischen den Schulen Hillels und Schammais als Musterfall eines Streits, der Bestand hat, weil er nicht auf Vernichtung, sondern auf Erkenntnis zielt. Positionen werden einander gegenübergestellt, geschärft und im Gegenüber geachtet, ohne dass die Gemeinschaft zerbricht. In den Kategorien der politischen Bildung ist dies die jüdische Gestalt des Kontroversitätsgebots, wie es der Beutelsbacher Konsens (Wehling, 1977) für die Demokratiebildung formuliert hat: Was in Wissenschaft und Gesellschaft strittig ist, muss auch im Bildungsraum strittig bleiben. So kultiviert die Mahloket Ambiguitätstoleranz und Dissensfähigkeit; darin trifft sie sich mit Oskar Negts (2010) Einsicht, dass Demokratie die einzige Gesellschaftsordnung ist, die gelernt werden muss. Was die jüdische Tradition hier als geistige Übung pflegt, erweist sich

unter den Bedingungen einer polarisierten Gesellschaft als Resilienztechnik – und die Fähigkeit, Streit auszuhalten, ohne zu zerbrechen, ist nichts anderes als Katastrophenvorsorge im Wortsinn.

Die Akademie bringt damit etwas ein, das keine externe Aufklärung ersetzen kann. Die SchUM-Städte Speyer, Worms und Mainz, seit 2021 UNESCO-Welterbe, verbürgen tausend Jahre jüdisches Leben am Rhein – doch das Pfand sind nicht die Mauern, sondern die Kette der Menschen, die sie tragen. Eine Akademie, die sich auf SchUM beruft, bewahrt kein Erbe; sie führt es fort.

Als Gesellschaft legen wir Vorräte an für Stromausfall und Hochwasser, wir proben den Ernstfall. Für die Erosion des demokratischen Zusammenlebens aber halten wir kaum etwas vor, obgleich der Seismograph seit Jahren hoch ausschlägt. Demokratien unterscheiden sich nicht dadurch, dass sie Krisen verhindern, sondern dadurch, dass sie deren Vorzeichen ernst nehmen. Es bleibt die Frage: Darf sich eine Gesellschaft „vorbereitet“ nennen, die ihren eigenen Seismographen abzulesen vermag – und gleichwohl nichts vorhält?

## Über den Autor



**Reuven Konnik** ist Landesrabbiner des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz, K.d.ö.R.  
landesrabbiner.rlp@lvjgrp.de

## Literaturverzeichnis

- Assmann, A. (2013). Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention. C. H. Beck.
- Biesta, G. J. J. (2010). Good Education in an Age of Measurement. Ethics, Politics, Democracy. Paradigm.
- Bundesverband RIAS (2026). Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2025. Jahresbericht. Berlin.
- Gordon, R. S. (1983). An operational classification of disease prevention. Public Health Reports, 98(2), 107–109.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.). (2002 ff.). Deutsche Zustände. Folge 1–10. Suhrkamp.
- Negt, O. (2010). Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Steidl.
- Wehling, H.-G. (1977). Konsens à la Beutelsbach? In S. Schiele & H. Schneider (Hrsg.), Das Konsensproblem in der politischen Bildung. 173–184. Klett.
- Zick, A., Hövermann, A., Jensen, S., Bernstein, J. & Perl, N. (2017). Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus. Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung.